

Während Ansätze einer politischen Ökonomie sich dessen bewusst sind, dass ökonomische Verteilung von Machtverhältnissen bestimmt wird, von der Verhandlungsmacht der unterschiedlichen Gruppen abhängig ist, ist diese Erkenntnis in unserem Korpus vorzugsweise im Rahmen der politischen Konsequenzen vorzufinden, nicht aber bei den Themen der – doch in der Piketty-Rezeption so dominanten – ökonomischen Verteilungsfrage von Einkommen und Vermögen. Vielmehr werden Ungleichheitstrends entweder als quasi-automatische, mechanistische Prozesse interpretiert oder sie werden als unzureichende Bedingungen und Regulierungen der politischen Sphäre gesehen. Dass in beiden Fällen gesellschaftliche Verhandlungen, Machtpotenziale und eben unterschiedliche Interessenlagen vorzufinden sind, bleibt in der Mehrzahl der Texte absent, auch in jenen, die in steigender Ungleichheit ein schwerwiegendes Problem sehen.

4. Schlussbetrachtungen

Nachdem wir uns in diesem Artikel bereits so ausführlich mit der Rezeption von Pikettys Werk beschäftigt haben, hier noch ein letztes, direktes Zitat von ihm:

„When a lengthy book is widely discussed in academic circles and the popular media, it is probably inevitable that the arguments of the book will be simplified in the telling and retelling.“ (Piketty, 2015, S. 67)

Ziel unseres Beitrags war nicht die Beantwortung der Frage, ob Argumente „in the telling and retelling“ simplifiziert werden – dies muss in jeglichen Kurzdarstellungen zwangsläufig der Fall sein –, sondern in welcher Weise dies geschieht, welche Themen ausgewählt, aufgegriffen und erzählt werden. Somit beschäftigte sich dieser Artikel mit der Frage, wie ökonomische Ungleichheit an die Öffentlichkeit vermittelt und diskutiert wird und somit das öffentliche Bild der Ungleichheit bei Nicht-ExpertInnen geprägt wird.

In quantitativen Termini waren es 329 Beiträge, die im Untersuchungszeitraum von 13 Monaten in den 12 ausgewählten Printmedien inhaltlich zur Piketty-Rezeption publiziert wurden. In der medialen Haltung zu Ungleichheit berichtet etwas weniger als die Hälfte der Beiträge neutral, während der Rest (172) in den Texten explizit Stellung bezieht, sei es nun in der Weise, dass Ungleichheit ein gesellschaftliches Problem darstelle oder eben, dass sie dies nicht tue. In beiden dieser Gruppen sind es besonders gesellschaftlich dominante Leitbilder (wie z. B. das meritokratische Prinzip) und Fragen der ökonomischen Konsequenzen (z. B. bezüglich Wachstum), die vorrangig thematisiert werden. Hierbei ist die Einstellung zum Leistungsprinzip als Ordnungsprinzip der Gesellschaft immer noch dominant, auch dann, wenn dieses als nicht gut (oder gar per-

fekt) funktionierend angesehen wird. Ökonomische Konsequenzen von Ungleichheit auf Wachstum werden diametral gegensätzlich gezeichnet, ja nach Wahrnehmung von Ungleichheit als Problem oder nicht; kaum jedoch sind sie, über die Nennung solch eines Zusammenhangs hinaus, begründet.

Die Kategorie der politischen Konsequenzen wird nur in jenem Teil des Korpus, für den Ungleichheit ein Problem darstellt, debattiert. Antagonistisch dazu werden im gegenteilig argumentierenden Korpus Datengrundlage oder Methodik angezweifelt, um zu belegen, dass Ungleichheit nicht gestiegen sei, oder es wird argumentiert, dass der Fokus auf Einkommens- und Vermögensstatistiken den historischen sozialen Fortschritt im Bereich des Lebensstandards oder der Armutverringerung verdecke und primär Letzteres zur Betrachtung herangezogen werden sollte.

Mögliche Politikmaßnahmen werden im Rahmen der Berichterstattung wesentlich weniger aufgegriffen und darüber hinaus – wenn berichtet – mit weniger Zustimmung bedacht. Wenn sie denn Erwähnung finden, werden Umverteilungsmaßnahmen (wie höhere Vermögens- und Einkommenssteuern) eher flüchtig angesprochen und nicht weiter detailliert behandelt; so fehlt z. B. eine Kontextualisierung in nationale Gegebenheiten großteils. Der Diskurs zu Redistributionsmaßnahmen bleibt somit an der Oberfläche und häufig diskreditiert er – implizit oder explizit – Politikmaßnahmen *per se*. Dies spiegeln auch linguistische Zuspitzungen und aggressiv ablehnende Formulierungen wider, welche eine sachliche Debatte zu Fragen der Besteuerung nicht erleichtern.

Das der Berichterstattung zugrunde liegende Ökonomiebild ist weniger marktfreundlich und marktorientiert, als andere empirische Studien zur Ungleichheitsberichterstattung dies konkludieren. So wird z. B. der Markt durchaus auch als krisenanfällig dargestellt. In den englischsprachigen Medien werden Krisendiskurse geführt, im deutschsprachigen Korpus hingegen kaum. Erstaunlich ist jedoch, dass im gesamten Korpus die Darstellung ökonomischer Interaktionen im Rahmen der Ungleichheitsberichterstattung eine zentrale *significant silence* aufweist: das Fehlen eines Bewusstseins, dass unterschiedliche Interessengruppen bei Verteilungsfragen um Dominanz ringen, ist eklatant und signifikant.

Wenn Joseph Stiglitz (2015) in einem Beitrag zu „Medien und Krise“ argumentiert, dass volkswirtschaftliche Themen bis zur Finanzkrise nicht im Fokus der Nachrichtenberichte standen, daher nur wenige ausgebildete JournalistInnen volkswirtschaftliche Zusammenhänge verstehen, so gilt Ersteres heute nicht mehr in diesem Ausmaß, Zweiteres aber noch immer. Aus unserer Sicht wollen wir hierzu noch ergänzen, dass diese – unserer Einschätzung und unseren Ergebnissen nach – ein eindeutiges Weltbild bzw. eine klare Ideologie haben.

Insgesamt zeigt sich eine Forschungslücke, die sowohl die mediale Ver-

mittlung von ökonomischen Inhalten betrifft, als auch besonders die Untersuchung ihrer ideologischen Prägung. Dass die derzeit häufig beklagte Krise der traditionellen Medien zu geringerer Pluralität der Berichterstattung führen kann, ist eine Obiges unterstreichende aktuelle Entwicklung. Um sowohl den *Bias* in der Vermittlung ökonomischer Themen aufzuzeigen, als auch Maßnahmen dagegen zu entwickeln, sind weiterführende Forschungen notwendig, die – sowohl interdisziplinär als auch methodenpluralistisch – implizite ideologische Bilder ökonomischer Handlungsabläufe klarmachen und über diese Sichtbarmachung zu ihrer Überwindung beitragen. Damit kann das Thema aus der derzeitigen wissenschaftlichen *significant silence* gelöst werden.

Anmerkungen

- ¹ Unter „ökonomischer Ungleichheit“ wird in diesem Beitrag die Ungleichheit von Einkommen und von Vermögen verstanden.
- ² Gimpelson und Treisman (2017).
- ³ Piketty (2014).
- ⁴ Zum Piketty-Phänomen siehe Wade (2014).
- ⁵ Für eine Buchbesprechung von Pikettys Buch in „Wirtschaft und Gesellschaft“ siehe Kapeller (2014) und Schürz (2014).
- ⁶ Luhmann (1996) 5.
- ⁷ Ebendort.
- ⁸ Gandy (2007) 3.
- ⁹ Preston (2009); Starkman (2014).
- ¹⁰ Siehe Grisold und Theine (2017) für einen Rezensionsartikel hierzu.
- ¹¹ Beckert (2007).
- ¹² Grisold et al. (2017); unterstützt durch Fördergelder des Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank (Projektnummer: 16789). Für weitere wissenschaftliche Artikel aus dem Forschungsprojekt siehe: Rieder, Theine (2018); Grisold, Theine (2017); Grisold, Silke (2018); Preston, Silke (2017).
- ¹³ Siehe hierzu auch Grisold, Theine (2017).
- ¹⁴ Preston (2009), Grisold (2004), Wehling (2016), Entman (1993), Bank (2017).
- ¹⁵ Trotz ihrer Stellung als Qualitäts- und Leitmedien überschreiten diese in Deutschland, Österreich und Großbritannien nationale Reichweiten von 10% nicht. Reichweitenstärker sind hier nach wie vor Boulevardzeitungen. Irland stellt dabei eine Ausnahme dar.
- ¹⁶ KEK (2017).
- ¹⁷ Bureau van Dijk (2017).
- ¹⁸ Ebendort.
- ¹⁹ Compass-Verlag (2018).
- ²⁰ Graber (2018).
- ²¹ Grabner, Grisold (2017), Franz (2017).
- ²² Becker (2017), Spiegelgruppe (2018). Die in diesem Absatz skizzierten Eigentümerstrukturen sollen einen ersten Einblick über die Besitz- und Machtverhältnisse in den ausgewählten Printmedien geben. Besonders die (Kritische) Politische Ökonomie der Medien weist darauf hin, dass Eigentumsverhältnisse und -strukturen wichtige Determinanten für die Berichterstattung sind (Knoche 2013; Wasko, Murdock, Sousa 2011); wobei es nicht die Eigentumsarten sind, die determinierend wirken als vielmehr die poli-